

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am Mittwoch, dem 28.11.2018,
im Sitzungssaal des Alten Rathauses, Poststraße 12, 29614 Soltau

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Ratsherr Reiner Klatt

Ratsmitglieder

Ratsherr Siegfried Belz

Ratsherr Georg-Wilhelm Dehning

Ratsherr Peter Hoppe

Ratsherr Cord Meyer

bis 18.38 Uhr, TOP 13

Ratsherr Bernhard Schielke

Ratsherr Thorsten Schröder

Ratsherr Henrich Seißeberg

Ratsherr Prof. Dr. Hans-Jürgen Sternowsky

Ratsherr Dietrich Wiedemann

Ratsherr Dr. Hans Willenbockel

Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Herr Karl-Hermann Ahrens

Verwaltung

Herr Bürgermeister Helge Röbbert

Frau Tanja Biedermann

Herr Steven Birk

Herr Jannes Bremer

Herr Daniel Gebelein

Herr Stephan Holldorf

Herr Olaf Hornbostel

Herr Thomas Körtge

Frau Yvonne Prüser

Frau Lorena Schulze

Frau Silke Thorey-Elbers

Frau Nicole von Rosenzweig

Herr Andreas Witt

Entschuldigt fehlt:

Ratsmitglieder

Ratsherr Wilfried Worch-Rohweder

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Punkte 1-4: Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende, Ratsherr Klatt, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die zahlenmäßige Anwesenheit der Ausschussmitglieder, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Punkt 5: Feststellung der Protokolle der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Finanzausschusses vom 31.01.2018 und der Sitzung des Finanzausschusses vom 15.02.2018

Die Protokolle der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Finanzausschusses vom 31.01.2018 und der Sitzung des Finanzausschusses vom 15.02.2018 werden in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Punkt 6: Bericht des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Röbbert berichtet zu den Fremdenverkehrsbeiträgen, dass die neue Kalkulation der Tourismusbeiträge aus personellen Gründen zurzeit nicht zu bewältigen sei. Ggf. müsse diese Leistung vergeben werden.

Die letzte Kalkulation der Fremdenverkehrsbeiträge sei für die Jahre 2011-2013 vorgenommen worden. Seitdem hätten sich rechtliche und tatsächliche Änderungen ergeben. Auf Nachfrage erläutert Herr Bürgermeister Röbbert, dass sich das OVG Lüneburg für eine Erhebungsmethode nach dem Umsatzmaßstab ausgesprochen habe.

**Punkt 7: KIP II-Mittel für Schulen
Vorlage: 0141/2018**

Der Schulausschuss empfiehlt,
der Finanzausschuss empfiehlt:

Die Verwaltung wird beauftragt, fristwährend einen Förderantrag bis zum 31.12.2018 für das Bauvorhaben ‚Erweiterung der Wilhelm-Busch-Schule‘ zu stellen.

Die Investitionshöhe sowie die detaillierten Planungen bedürfen weiterer Ratsbeschlüsse.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Punkt 8: Jahresabschluss 2013 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 0047/2018**

Herr Holldorf stellt den Jahresabschluss der Stadt Soltau für das Haushaltsjahr 2013 vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Der Finanzausschuss empfiehlt,

- a) Der Jahresabschluss 2013 der Stadt Soltau wird mit den dazugehörigen Anlagen in der vorgelegten Fassung festgestellt.
- b) Dem Bürgermeister wird die Entlastung für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2013 erteilt
- c) Den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2013 wird nachträglich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Punkt 9: Festlegung einer Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung nach § 12 KomHKVO
Vorlage: 0146/2018**

Herr Bürgermeister Röbbert erläutert die Vorlage. Vergaben werden grundsätzlich vollumfänglich geprüft.

Ratsherr Dr. Willenbockel beantragt eine Wertgrenze von 50.000,-- EUR, damit der Rat mehr Informationen über Investitionen erhält.

Ratsherr Klatt und Herr Bürgermeister Röbbert erläutern, dass sich bei Vergaben oberhalb der Wertgrenze der Verwaltungsaufwand und die Dokumentationspflichten erhöhen und keine deklaratorische Wirkung für den Rat entstehen würden.

Herr Birk beantwortet Fragen der Ratsmitglieder.

Ratsherr Hoppe beantragt, die Wertgrenze auf 250.000,-- EUR festzulegen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Klatt, lässt über den Antrag von Ratsherrn Dr. Willenbockel abstimmen, die Wertgrenze gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO ab dem 01.01.2019 auf 50.000,-- EUR festzusetzen und die Wertgrenze in § 6 der Haushaltssatzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt, Ja: 2, Nein: 8, Enthaltungen: 1

Der Vorsitzende, Ratsherr Klatt, lässt über den Antrag von Ratsherrn Hoppe abstimmen, die Wertgrenze gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO ab dem 01.01.2019 auf 250.000,-- EUR festzusetzen und die Wertgrenze in § 6 der Haushaltssatzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, Ja: 6, Nein: 5

Punkt 10: Finanzberichte**a) Entwicklung der Steuereinnahmen****b) Entwicklung der Liquidität**

Herr Birk erläutert die Entwicklung der Steuereinnahmen und beantwortet Fragen.

Herr Holldorf erläutert die Entwicklung der Liquidität.

**Punkt 11: Antrag von Ratsherrn Sperling vom 19.05.2018 Erhöhung der Hundesteuer für Kampfhunde
Vorlage: 0152/2018**

Ratsherr Sperling kann nicht anwesend sein, um seinen Antrag zu erläutern. Rats herr Klatt fasst die von Rats herrn Sperling übermittelte Begründung zu dem Antrag zusammen.

Da Rats herr Sperling nicht anwesend ist, betrachtet der Finanzausschuss auf Vor schlag von Rats herrn Dr. Willenbockel die Vorlage und den Antrag als beraten, ohne darüber abzustimmen.

**Punkt 12: Antrag der SPD-Fraktion vom 17.10.2018 zum Haushalt 2019
Vorlage: 0136/2018**

Rats herr Klatt übergibt die Sitzungsleitung an Rats herrn Hoppe.

Rats herr Klatt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Zum Haushalt 2019 sollten bereits wesentliche Produkte eingefügt werden.

Rats herr Schröder führt aus, dass insbesondere der Punkt 6 des Antrages der SPD den Antrag der BU nach einem Straßenschadenkataster aufgreift. Dieses würde die notwendige Transparenz schaffen.

Herr Bürgermeister Röbbert erläutert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt aufgrund der Kürze der Zeit keine Vorbereitung durch die Verwaltung habe erfolgen können. Nach seiner Einschätzung sollte ein Kontrollsystem nicht auf Planzahlen sondern auf Echtzahlen basieren. Er schlägt vor, gemeinsam mit der Verwaltung festzulegen, welche Arten von Berichtswesen sinnvoll sein könnten. Herr Bürgermeister Röbbert weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf 2019 fertig sei.

Die Ausschussmitglieder stellen fest, dass der Rat einen größeren Anteil an der Festlegung von Prioritäten haben, stärker eingebunden werden und gemeinsame Ziele definieren möchte. Herr Bürgermeister Röbbert begrüßt dieses und bittet, den Antrag zu präzisieren. Die Verwaltung würde dieses mittragen.

Rats herr Seißeberg bittet für die CDU-Fraktion, dass der Antrag der SPD präzisiert und abgespeckt zum Haushalt 2020 in Angriff genommen wird.

Ratsherr Klatt übernimmt die Sitzungsleitung.

Ratsherr Klatt schlägt vor, dass nur zum 1. Punkt des Antrages der SPD-Fraktion vom 17.10.2018 entschieden wird.

Der Finanzausschuss empfiehlt:

Mit Abschluss des ISEK-Prozesses und der Festlegung entsprechender Maßnahmen sind gemäß § 4 Abs. 7 KomHKVO den maßgeblichen Teilhaushalten wesentliche Produkte mit den dazugehörigen Leistungen zu beschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Punkt 13: Straßenausbaubeiträge

Ratsherr Klatt fasst als Tenor aus der gemeinsamen Fraktionssitzung zusammen, dass wiederkehrende Beiträge für Soltau nicht in Frage kämen. Eine Finanzierung der Straßenausbaukosten über die Grundsteuer würde zu einer erheblichen Erhöhung der Steuer führen und ein Investitionsplan für 10 Jahre voraus setzen. Auf Landesebene sei nicht mit der Abschaffung der Straßenbaubeiträge zu rechnen, es solle lediglich eine Streckung der Beiträge erleichtert werden.

Zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge lägen Anträge der Gruppe der BU / FDP und der AfD-Fraktion vor.

Herr Bürgermeister Röbbert habe zu den Anträgen bereits Stellung genommen. Steuererhebungen seien nicht zweckgebunden. Solange Kassenkredite vorhanden sind, seien Steuereinnahmen dafür zu verwenden. Bevor die Zukunft der Grundsteuern nicht geregelt ist, sollte keine Entscheidung getroffen werden.

Ratsherr Schröder begründet ausführlich, warum nach seiner Auffassung jetzt eine Umstellung des Systems erfolgen sollte. Insbesondere durch die günstigen Zinsen könne die Stadt die Straßen sanieren und sich hierbei entschulden. Er würde einen fließenden Übergang zwischen Beiträgen und Steuern wünschen, welches rechtlich leider nicht zulässig sei.

Herr Holldorf gibt zu Bedenken, dass die Stadt nicht viele Stellschrauben habe, wenn Einnahmen wegbrechen. Sie habe nur die Möglichkeit über die Grundsteuer zu reagieren.

Die Ratsmitglieder wägen die Vor- und Nachteile der Umstellung des Systems auch im Hinblick auf den Standortfaktor und Neubaugebiete sowie die Umlage auf die Mieten ab.

Im Anschluss an die Aussprache lässt der Vorsitzende, Ratsherr Klatt, über den Antrag der Gruppe der BU /FDP vom 25.10.2017 und der AfD-Fraktion vom 26.10.2017 zum Außerkraftsetzen der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Soltau abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt, Ja: 3 Nein: 7

Punkt 14: Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anregungen vorgetragen.

Punkt 15: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 16: Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Klatt, schließt die Sitzung um 19.12 Uhr.

Reiner Klatt
Vorsitzender

Yvonne Prüser
Protokollführung

Helge Röbbert
Bürgermeister